

## Zum Einsichtsrecht des Strafgefangenen in seine Personalakte

OLG Hamm, Beschluss vom 1.6.2005, 1 Vollz (Ws 75/05)

Die Entscheidung des OLG Hamm befasst sich mit den grundlegenden Voraussetzungen des Einsichtsrechts von Strafgefangenen in deren Personalakte.

Der Inhalt dieser Entscheidung weist dabei einen aktuellen Bezug zu meiner Tätigkeit für unsere Mandanten in der JVA Zweibrücken auf. Mit der Übernahme dieser JVA im Juli diesen Jahres hatten wir für mehrere der dort Inhaftierten die Einsicht in deren Personalakte beantragt. Nach Ablehnung durch die Leitung der JVA hatten wir in allen Fällen die Überprüfung dieser Maßnahme durch Herbeiführung einer gerichtlichen Entscheidung gem. § 109 StVollzG eingeleitet. Antragsgegner und Antragssteller hatten Ihre jeweiligen Stellungnahmen bereits abgegeben.

Die anliegende Entscheidung des OLG Hamm gibt sehr wichtige Hinweise, die wir im Hinblick auf zukünftige Anträge dieser Art beachten sollten, dies nicht nur, weil sich die Erfolgsaussichten hierdurch erheblich verbessern, sondern auch unter dem Gesichtspunkt der Regressträchtigkeit der Tätigkeit eines Rechtsanwaltes. Schließlich darf nicht übersehen werden, dass für den Strafgefangenen auch durchaus vermeidbare Kosten entstehen, sollte der Antrag auf gerichtliche Entscheidung in Folge der mangelhaften Beratung durch den Verteidiger nicht zum Erfolg führen.

Das Recht auf Akteneinsicht ergibt sich für den Gefangenen aus **§ 185 StVollzG**.

Hiernach erhält der Betroffene nach Maßgabe des § 19 Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) Auskunft und, soweit eine Auskunft für die Wahrnehmung seiner rechtlichen Interessen nicht ausreicht und er hierfür auf die Einsichtnahme angewiesen ist, Akteneinsicht.

Diese Vorschrift ist die Konsequenz des verfassungsrechtlichen Gebotes des informationellen Selbstbestimmungsrechtes. Der Bürger muss wissen, wer wann welche Informationen über ihn bei welcher Gelegenheit erhalten und gespeichert hat. Dabei unterliegt das Auskunfts- und Akteneinsichtsrecht des Betroffenen dem Vorbehalt des **§ 19 Bundesdatenschutzgesetzes**. Da diese Vorschrift sich doch als sehr umfangreich darstellt, hier kurz die Kernvoraussetzungen:

- In dem (mündlich oder schriftlich gestellten) Antrag muss die Art der personenbezogenen Daten, über die Auskunft erteilt werden soll, näher bezeichnet werden (§ 19 Abs. 1 S. 2 BDSG).
- Sind die Daten in Akten enthalten, muss der Betroffene durch entsprechende Angaben das Auffinden ermöglichen (§ 19 Abs. 1 S. 3 BDSG). In diesem Fall muss das Informationsinteresse gegen den behördlichen Aufwand abgewogen werden. Überwiegt letzterer, entfällt die Auskunftspflicht.
- Nach § 19 Abs. 4 Nr. 1 BDSG entfallen Auskunfts- bzw. Akteneinsichtsrecht, wenn sonst die ordnungsgemäße Erfüllung der Aufgaben der speichernden Stelle gefährdet wäre (z. B. wenn die Bekanntgabe von Daten im Rahmen der Behandlungsuntersuchung zu

erheblichen Konflikten oder psychischen Belastungen des Gefangenen führen würde).

- Gemäß § 19 Abs. 4 Nr. 3 BDSG unterbleibt die Auskunftserteilung, wenn die Daten wegen überwiegender berechtigter Interessen Dritter geheim gehalten werden müssen.
- Die Auskunftserteilung erfolgt kostenlos (§ 19 Abs. 7 BDSG).

Unter dem Vorbehalt des § 19 BDSG stellt § 185 StVollzG an die Geltendmachung des Anspruches auf Auskunft bzw. Akteneinsicht die folgenden Anforderungen:

- **Das Auskunftsrecht ist dem Akteneinsichtsrecht vorgeschaltet.**
- **Zur Geltendmachung des Akteneinsichtsrechts muss der Gefangene darlegen, dass eine Auskunft für die Wahrnehmung seiner rechtlichen Interessen nicht ausreicht und er hierfür auf die Einsichtnahme angewiesen ist.**

Das Auskunftsbegehren darf nach der höchstrichterlichen Rechtsprechung (Nachweise bei Calliess/Müller-Dietz StVollzG 10. Aufl., § 185 Rn. 3) nicht in der Weise allgemein gehalten sein, dass es faktisch auf die komplette Akteneinsicht hinausläuft. Der alleinige Hinweis auf das Recht der informationellen Selbstbestimmung ist danach nicht ausreichend (anders Weichert ZfStrVo 2000, 88, dessen Ansicht aber schon im Widerspruch zum ausdrücklichen Wortlaut des § 185 StVollzG steht).

Gerade diese letzte Voraussetzung darf in ihrer Bedeutung nicht unterschätzt werden. Sie ist auch Gegenstand der Entscheidung des **OLG Hamm** vom 01.06.2005 (1 Vollz (Ws 75/05)). Hier hatte der Gefangene die Einsichtnahme in seine Personalakte mit der Begründung beantragt, er benötige die Informationen über seine Einstufung als „besonders gefährlicher Gefangener“, die er für rechtswidrig erachte. Diesen Antrag hatte der Leiter der JVA Aachen mit der Begründung abgelehnt, dass allein die bereits gegenüber dem Gefangenen erteilte Auskunft über die Umstände, die zur Einstufung des Antragstellers als „besonders gefährlich“ geführt hätten, ausreichend sei. Die Strafvollstreckungskammer des LG Aachen beanstandete auf Antrag des Gefangenen diese Entscheidung und verpflichtete die JVA dazu, dem Gefangenen die begehrte Einsichtnahme zu gewähren. Auf die Rechtsbeschwerde des Antraggegners wurde der Beschluss der Strafvollstreckungskammer dann aufgehoben und der Antrag auf gerichtliche Entscheidung durch den Gefangenen als unbegründet verworfen. Das OLG war der Auffassung, dass der Gefangene Anhaltspunkte hätte vortragen müssen, warum eine Auskunftserteilung für die Wahrnehmung seiner rechtlichen Interessen nicht ausreichend und er deshalb auf Einsichtnahme in die Akte angewiesen sei. Er hätte demnach geltend machen müssen, dass die erteilte Auskunft unrichtig oder unvollständig sei. Das Akteneinsichtsrecht diene nicht zur Überprüfung einer erteilten Auskunft auf deren Richtigkeit.

Übereinstimmend mit der Entscheidung des OLG Hamm fielen letztlich auch die gerichtlichen Entscheidungen der Strafvollstreckungskammer Zweibrücken im Hinblick auf die Akteneinsichtsbegehren unserer Mandanten aus. Dies jedoch völlig unnötig, wie ich meine. Einerseits hatten wir die Akteneinsicht beantragt, ohne zuvor

eine entsprechende Auskunft durch die JVA zu verlangen. Andererseits hatten wir auch nicht ausreichend substantiiert vorgetragen, warum wir zur Wahrnehmung der rechtlichen Interessen des Gefangenen auf diese Akteneinsicht angewiesen waren. Dies ist gerade in den Fällen als untragbares Ergebnis zu sehen, in denen der Gefangene durchaus ein solches rechtliches Interesse aufweisen konnte.

So leidet einer der Betroffenen seit seiner Kindheit an einer seltenen Blutkrankheit, die eine ärztliche Behandlung auch während der Haft erfordert. Das Akteneinsichtsrecht umfasst auch die Einsichtnahme in die Krankenunterlagen, soweit sie objektivierbare Befunde und Behandlungstatsachen zum Gegenstand haben (OLG Hamm NStZ 86, 47). In diesem Fall haben wir die begehrte Akteneinsicht lediglich mit dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung geltend gemacht. Hier bedurfte es aber einer genaueren Begründung. Eine solche wäre zum Beispiel die Vorbereitung einer Klage zur Geltendmachung von Leistungsansprüchen gem. §§ 56 ff. StVollzG oder von Schadensersatzansprüchen gewesen.

In einem weiteren Fall hatten wir die Einsicht in den Schriftverkehr der JVA mit der externen Drogenberatung der JVA beantragt. Diese wurde uns mit dem Hinweis, dass ein solcher bislang nicht Bestandteil der Akte sei, verwehrt. Auch wenn Auskünfte der JVA nicht immer zutreffend sein müssen, so fehlte es schon allein an der Darlegung eines entsprechenden rechtlichen Interesses für die Akteneinsicht.

#### **Fazit:**

§ 185 StVollzG gibt dem Gefangenen durchaus einen Auskunfts- bzw. Akteneinsichtsanspruch gegenüber der JVA. Jedoch sollte das anwaltliche Engagement sich bereits an der Basis dieses Verfahrens, der Antragstellung selbst, ausrichten.